

Volles Leineschloss, Seite 3

Cem Özdemir kam zum Migrationspolitischen Empfang des Stadtverbands Hannover

Spitzentreffen, Seite 8-9

Katrin Göring Eckardt & Stefan Wenzel im Gespräch über Grüne Politik im Gartensaal

Frauen wählen den Wechsel,

Keine Spur von Gleichstellung in Niedersachsen und Bund, Seite 10

GRÜNE SEITEN

MITTEILUNGSBLATT VON BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IN DER REGION HANNOVER



Mach's möglich!

Am 20. Januar 2013 wird ein neuer Landtag gewählt. Selten war ein politischer Wechsel so notwendig wie aktuell in Niedersachsen und selten standen die Erfolgsaussichten für diesen so gut.

Von Jan Haude, Landesvorsitzender der Grünen Niedersachsen

Die aktuellen Umfragen haben es noch einmal gezeigt: Die aktuelle Landesregierung von Ministerpräsident McAllister hat abgewirtschaftet und keine politische Mehrheit mehr. Durch starke grüne Werte um die 15 Prozent stehen die Chancen gut, dass ab dem 20. Januar 2013 Rot-Grün die Mehrheit im neuen Landtag stellt.

Politisch haben wir GRÜNE schon jetzt die Mehrheit hinter uns. Sowohl bei Fragen der Umwelt- und Energiepolitik als auch bei Landwirtschaft und Verbraucherschutz schneiden wir in Umfragen als die glaubwürdigste und programmatisch am besten aufgestellte Kraft ab. Aber auch, wenn Einzelthemen abgefragt werden, liegt GRÜN in zentralen Fragen vorne: 94 Prozent der Menschen in Niedersachsen befürworten den Ausbau der Erneuerbaren Energien. 80 Prozent der Eltern sind gegen das Turbo-Abitur. 89 Prozent der Bürgerinnen und Bürger wünschen sich mehr Mitbestimmung bei Infrastrukturprojekten. Diese Auflistung lässt sich weiter fortsetzen, etwa wenn es um einen flächendeckenden Mindestlohn, die Neugründung von Integrierten Gesamtschulen oder den Ausbau der Krippen und Kindergärten geht. Die Zeit ist reif für eine Politik, die die Menschen mitnimmt statt ausgrenzt. Grüne Themen und Forderungen sind schon

lange in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Damit diese Anliegen nicht in der Opposition bleiben, haben wir einen einfachen und klaren Claim für die grüne Wahlkampagne ausgewählt: „Mach's möglich!“

rer Familie ermöglicht, um damit der rechtslastigen CDU-Abschiebepolitik ein humanes Deckmäntelchen zu verpassen. Dafür werden Lippenbekenntnisse zur Energiewende abgegeben, die sonst durch Angriffe auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz und den schleppenden Netzausbau torpediert wird. Und dafür werden auf den letzten Metern noch einige Zusatzgelder für den Krippenausbau bereit gestellt, der bislang vom Land eher begleitet als gestaltet wurde. Die CDU und ihr scheidender Koalitionspartner rühmen sich damit, der



Die Wählerinnen und Wähler haben es am 20. Januar in der Hand, aus gesellschaftlichen auch politische Mehrheiten werden zu lassen.

Wir werden in den kommenden Wochen und Tagen alles tun, um McAllisters Schlafwagenwahlkampf Paroli zu bieten. Die einzige Chance, um auf den Regierungsthronen zu überwintern, sieht die CDU aktuell in der Demobilisierung der Wählerinnen und Wähler. Dafür versuchen McAllister und Co., alle Herausforderungen zu umschiffen und Kontroversen aus dem Weg zu gehen. Dafür wird kurz vor Weihnachten noch die zuvor stets blockierte Rückkehr der Kurdin Gazale Salame zu ih-

Schutzengel der Landesfinanzen zu sein. Real ist der Schuldenberg seit dem Antritt dieser Landesregierung um rund 20 Milliarden Euro angestiegen. Das Zeugnis fällt eindeutig aus: Die Versetzung ist nicht nur stark gefährdet, sie ist ausgeschlossen.

Politische Wechsel werden nicht durch Stimmungen allein herbeigeführt. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen und werden wir bis zur Schließung der Wahllokale einen engagierten Wahlkampf führen. Jeder Beitrag ist wichtig, denn nur gemeinsam schaffen wir den Wechsel. Mach's möglich!



Liebe Leser und Leserinnen,

die Grünen bundesweit, aber auch der grüne Regionsverband Hannover sind im Aufbruch! Kontinuierlich wächst der Zuspruch für unsere Partei und das drückt sich konkret in Zahlen aus: bei Umfragen, Wahlen und auch bei der Mitgliederanzahl.

Wir werden langsam, aber stetig immer mehr und somit immer vielfältiger. Das macht die Diskussionen wieder interessanter weil unvorhersehbarer. Das macht auch interne Abstimmungen wieder spannend -- wie das wohl für viele überraschend klare Ergebnis über die Spitzenkandidatur zur Bundestagswahl.

Grün ist angesagt, Grün ist mitten drin in der Gesellschaft und spricht immer mehr Menschen an. Wir merken das bei den vielen Veranstaltungen, über die auch in den Grünen Seiten berichtet wird. Die Leute trauen uns immer mehr Themen zu, nicht nur Umwelt, Energiewende und mehr Demokratie mit besserer Integration aller Gruppen. Aus allen Bereichen kommen sie in deutlich

größerer Zahl zu uns, und wollen wissen, welche Lösungsvorschläge wir Grüne haben, für das, was sie bewegt.

Wahlkampf aktiv gestalten

Damit wachsen unsere Möglichkeiten zur politischen Gestaltung, aber noch mehr wächst die Verantwortung, die wir damit auch in neuen Politikfeldern übernehmen.

Wenn die Umfragen zutreffen, haben wir die Chance, unseren Stimmenanteil bei der Landtagswahl in wenigen Wochen fast zu verdoppeln – Eine große Chance! Damit dieser Trend tatsächlich am Wahltag in konkreten Stimmen für uns resultiert, müssen wir alle jedoch noch viel tun.

Ab dem 27. Dezember werden in der Stadt Hannover die grünen Plakate aufgestellt, die übrigen Ortsverbände in der Region starten auch um die Jahreswende mit dem Straßenwahlkampf. Ab 3. Januar liegen die Wahlkampfzeitungen mit allen unseren LandtagskandidatInnen

der Region im Senior-Blumenberg-Gang für euch bereit. Bitte nutzt diese Möglichkeiten, denn ein Erfolg braucht die Initiative aller unserer Mitglieder!

Mitglieder werben

Nun möchte ich zum Jahresausklang noch einen Wunsch an Euch los werden. Egal, wie die Wahlergebnisse im Land oder Bund ausfallen: Für die in Zukunft sicher noch deutlich breiter angelegte politische Arbeit der Grünen brauchen wir deutlich mehr Leute in unserer Partei (nicht nur stetig sondern möglichst schnell), die mitmachen und mithelfen. Nutzt also die Zeit der Familienfeste und das Treffen mit vielen alten Freunden, um die Eine oder den Anderen vom Sympathisanten zum grünen Mitglied zu machen.

Die Grünen sind im Aufbruch – Seid aktiv dabei!

ENNO HAGENAH

DORIS KLAWUNDE

Volles Leineschloss

Migrationspolitischer Empfang mit Cem Özdemir



Foto: @ Franziska Meusel

v.l.n.r.: Bundesvorsitzender Cem Özdemir, Landesvorsitzende Anja Piel, MdL Filiz Polat und Landtagskandidat Belit Onay

Der Saal im Restaurant des Leineschlusses war mit etwa 200 Gästen dicht gefüllt: Der Grüne Stadtverband Hannover hatte gemeinsam mit dem Landesverband Niedersachsen am 12.12. zum landesweiten Migrationspolitischen Empfang mit Cem Özdemir eingeladen. Der Empfang wurde im Vorfeld intensiv beworben - selbst unser Landesvorsitzender Jan Haude hatte es sich nicht nehmen lassen, trotz schlechten Wetters, Plakate für den Empfang aufzustellen.

„Ich habe den Eindruck, nicht der Verfassungsschutz unterhält V-Leute bei der NPD, sondern die NPD unterhält V-Leute beim Verfassungsschutz!“ Gleich zu Beginn kritisierte Cem das massive Versagen der Sicherheitsbehörden, die pauschalen Verdächtigungen der Opfer und ihrer Angehörigen, und dass beim Thema Nazigewalt über Jahre wegeschaut wurde. Er forderte einen konsequenten Einsatz für Demokratie und gegen Nazis, und dass bei den Sicherheitsbehörden kein Stein mehr auf dem anderen

bleiben dürfe.

Cem warb intensiv für ein durchlässiges und gerechtes Bildungssystem, das keinen Unterschied bei der Herkunft der Kinder oder der Eltern machen dürfe. „Es gibt kein Kind ohne Begabung, aber ein Schulsystem das Kindern einredet, sie hätten keine!“

Ein weiteres Thema war die Staatsangehörigkeit: „Wer hier geboren ist, muss auch die Staatsbürgerschaft erhalten!“ Änderungen im Staatsangehörigkeitsrecht seien dringend nötig, um eine leichtere Einbürgerung zu ermöglichen und die doppelte Staatsbürgerschaft ohne Zwangsentscheidungen zur deutschen oder einer anderen Staatsbürgerschaft einzuführen.

Die Grüne Spitzenkandidatin für Niedersachsen, Anja Piel, machte deutlich, dass in Niedersachsen alle Zeichen auf Regierungswechsel stehen: „Die Wechselstimmung ist da, Grün hat einfach die besseren Konzepte und kämpft für den Zu-

sammenhalt in der Gesellschaft und nicht für eine soziale Spaltung!“

Die große Resonanz auf den Empfang hat gezeigt, dass es einen großen Bedarf an Austausch auf Augenhöhe gibt. Die aktuelle Landesregierung schafft keine Beteiligungsmöglichkeiten, sondern betreibt vielmehr eine Ausgrenzungspolitik, zog Belit Onay im Anschluss an den Abend sein Resümee.

Eine inklusive Gesellschaft, wie sie im Grünen Wahlprogramm gefordert wird, kann nur dann Realität werden, wenn die BürgerInnen gemeinsam Politik und Gesellschaft gestalten. Dafür braucht es den Wechsel erst in Niedersachsen und dann bei der Bundestagswahl. Schwarz-gelb hat ausgedient, eine progressive und offene und inklusive Gesellschaft gibt es nur mit Grün.

TOBIAS LEVERENZ
tobias.leverenz@
gruene-hannover.de



Dezentral und Partizipativ

Leitbild zur Unterbringung von Spätaussiedlern und Flüchtlingen in Hannover

Deutschland nimmt vermehrt Flüchtlinge auf, die von den Kommunen untergebracht werden müssen. Über das „wie“ ist nun eine wegweisende Einigung gelungen, die Flüchtlinge als aktiv handelnde Menschen ernst nimmt.

Während die Zahl der unterzubringenden Flüchtlinge seit dem Ende des Kosovokrieges und dem Jahrtausendwechsel zurückging, steigt sie aufgrund der weltpolitischen Situation seit Mitte 2011 wieder. Analog zu sinkenden Zahlen der Flüchtlinge, die untergebracht werden mussten, wurden die Flüchtlingsunterkünfte in den zurückliegenden Jahren reduziert. Deshalb hält Hannover derzeit nicht genug Unterbringungsplätze vor. Diese bisher einmalige Situation, Unterkünfte auf- statt abbauen zu müssen, haben wir als Grüne im Rat der Stadt Hannover zum Anlass genommen, neue Maßstäbe für die Unterbringung von Flüchtlingen zu setzen, die Flüchtlinge als aktiv handelnde und entscheidungsfähige Menschen ernst nehmen.

Im Vergleich zu anderen niedersächsischen Kommunen steht Hannover bereits jetzt gut da. Schließlich wird es auch bereits seit über 20 Jahren grün mitregiert. Hier existieren keine Massen-Wohnheime mit 300 Personen; es leben maximal drei Personen gemeinsam in einem Raum und es besteht eine verpflichtende sozialarbeiterische Betreuung in jedem Wohnheim. Dennoch kommt

es immer wieder zu Beschwerden, da die Qualität der Unterkünfte und Betreuung große Unterschiede aufweisen.

Das neue Leitbild zur Unterbrin-

gelunterkunft, einem Wohnprojekt oder einer Wohnung.

Der Wohnungsmarkt für kleine und günstigen Wohnungen in Hannover ist angespannt, deshalb gestaltet sich die zusätzliche Akquirierung von Wohnungen schwierig. Das Leitbild lässt aus diesem Grund den Aufbau weiterer Wohnprojekte und im Notfall auch von Sammelunterkünften zu, beschränkt diese aber auf maximal 35 beziehungsweise 50 Personen. In der sozialen Betreuung der Flüchtlinge hat die Verwaltung einen Standard gesetzt, der Schnellschüsse wie den Aufbau von Containern in Zukunft verhindern wird.

Die dezentrale Unterbringung in Wohnungen und kleineren Unterkünften hat den Vorteil, dass die Flüchtlinge selbst wichtige Entscheidungen treffen können und müssen. Sie werden in ihren Anliegen ernst genommen und erfahren gezielte Unterstützung. Das stärkt ihre Eigeninitiative und Selbstständigkeit und sie kommen in Kontakt mit der Stadtgesellschaft. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht Deutschland als Einwanderungsland und respektiert diese Realität. Dazu gehört für uns auch eine umfassende Integrationspolitik, die nicht erst beim zugesprochenen Aufenthaltstitel ansetzen darf.



GRÜNES Leitbild zur Flüchtlingsunterbringung

gung von SpätaussiedlerInnen und Flüchtlingen setzt künftig an verschiedenen Punkten an. Den BewohnerInnen in den Wohnheimen bietet die Verwaltung nach drei Monaten Aufenthalt ein Beratungsgespräch an, in dem sie über die verschiedenen Wohnmöglichkeiten informiert und den Flüchtlingen Unterstützung bei der Wohnungssuche anbietet. Inspiriert ist diese Beratung vom Leverkusener Modell, das das Potenzial der Flüchtlinge aktiviert und diese bei der Wohnungssuche unterstützt. Nach maximal zwölf Monaten sollen die BewohnerInnen die Möglichkeit erhalten, selbst zu entscheiden, wie sie wohnen wollen: In einer Sam-

melunterkunft, einem Wohnprojekt oder einer Wohnung.

EVA VOJINOVIC
Eva.Vojinovic@
hannover-rat.de



Europa Rechtsaußen

Debatte mit Jan Philipp Albrecht in Hermannsburg



Europaabgeordneter Jan Philipp Albrecht

Foto: © Fritz Schumann

„Marine Le Pen in Frankreich, Geert Wilders in den Niederlanden, Victor Orban in Ungarn - Rechtspopulisten und Rechtsextremisten haben in der Europäischen Union Konjunktur und kommen als Stimme der einfachen Leute, Verfechter gegen `die da oben` oder gleich unverhohlen antisemitisch daher“, kommentiert Jan Philipp Albrecht, Abgeordneter für Niedersachsen im Europäischen Parlament.

Über den Zulauf von Rechtspopulisten und Rechtsextremisten in der EU diskutierte er mit Sebastian Baumeister, Grüner Kandidat im Wahlbezirk Bergen, Winsen, Faßberg, Hermannsburg, Flotwedel, Wathlingen, Eschede, Lachendorf und Unterlüß für die Landtagswahlen am 20. Januar, und Gästen am 29.11.2012 im Ludwig-Harms-Haus in Hermannsburg und stellte seine neue Publikation „Europa Rechtsaußen“ vor. Die Broschüre ist ein Leitfaden für Alle, die wissen wollen, wer die Rechtsextremisten und Rechtspopulisten im Europäischen Parlament sind.

„Sie vernetzen sich grenzübergreifend, mit wachsendem Einfluss in den Regierungen und auf entscheidende Fragen der Politik“, so Jan Philipp Albrecht. Im Frühjahr 2014 finden die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament statt, doch Vielen ist noch gar nicht bewusst, wie präsent die Rechtsextremisten und Rechtspopulisten in Europa bereits sind.

Wer mehr wissen will, kann die Publikation Europa Rechtsaußen - Rechtsextremisten und Rechtspopulisten im Europäischen Parlament, von Jan Philipp Albrecht für € 0,50 plus Versandkosten hier bestellen:

www.eshop.gruene.de
versand@gruene.de

JAN PHILIPP ALBRECHT
 Europaabgeordneter
jan.albrecht@europarl.europa.eu



Frischer Wind für die Region

GRÜNE fordern Ausweitung der Vorrangflächen für Windenergie

Windkraftanlagen gehören in der Region Hannover zum Landschaftsbild. Kein Wunder, denn die Region gehört zu den stärksten on-shore Windenergie-Standorten in Deutschland. Das kommt nicht von ungefähr. Die Region Hannover ist mit der Erstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) für die strategische Regionalplanung zuständig. Die trägt eine deutliche Grüne Handschrift und ist unser Handlungsfeld für frischen Wind in der Region.

Im letzten RROP aus dem Jahr 2005 haben wir das Ziel festgelegt, dass bis in das Jahr 2020 in der Region 400 Megawatt aus Windenergie erzeugt werden sollen. Derzeit liegen wir bei 300 Megawatt aus 221 Windkraftanlagen. Im Vergleich entspricht das einem Drittel der Leistung eines Atomkraftwerks.

Wir können uns mit diesem Zwischenergebnis nicht zufrieden geben. Schon jetzt ist klar, dass das Ziel '400 Megawatt aus Windenergie', kaum erreicht werden kann. Der Hintergrund: Die ausgewiesenen Flächen für Windenergiestand-



Foto: © Brigitte Nieße

On-shore Windenergie in der Region Hannover.

orte reichen nicht aus. Zukünftig brauchen wir eine Ausweitung der Vorrangflächen für Windenergie. Im jetzigen Koalitionsvertrag haben wir eine Vergrößerung des Vorrangflächenpotenzials um 50 Prozent mit der SPD verabredet. Natürlich müssen auch die Altanlagen durch neue effektivere Anlagen ersetzt

werden, die sich auf dem modernsten technischen Stand befinden und einen höheren Wirkungsgrad haben (Repowering). Hier wollen wir die bestehenden Flächen für mögliches Repowering optimieren. Aufgrund der Ausgangslage in der Region – ein Großteil der Anlagen steht erst seit zehn Jahren – sind die Repoweringvorhaben der Windkraftinhaber eher verhalten. Der direkte Weg geht über das RROP und die Ausweisungen von zukünftigen Vorrangflächen. Wir denken da an Flächen in der Nähe von Industriegebieten oder an Verkehrsachsen (Auto, Schiene Bahn, Kanal). Genau hier werden wir ansetzen und die Flächenrealisierung in Bezug auf alle Umweltkriterien überprüfen. Denn die Energiewende braucht frischen Wind.



Foto: © Brigitte Nieße

Vorzugsweise in der Nähe von Industriegebieten oder Verkehrsachsen sollen künftig neue Vorrangflächen für Windenergie ausgewiesen werden.

BRIGITTE NIESSE
Regionsabgeordnete
niesse@plan-zwei.com



Energiewende gerecht finanzieren

Milliarden an umweltschädlichen Subventionen können sinnvoll abgebaut werden.

Angesichts der weltweiten Finanzkrise gerät die eigentliche Mega-Krise dieses Jahrhunderts zunehmend in den Hintergrund: Der Klimawandel ist die zentrale soziale, ökonomische und ökologische Herausforderung dieses Jahrhunderts!

Die Welt schaut auf die deutsche Energiepolitik, doch jenseits aller Sonntagsreden fährt Schwarz-Gelb die Energiewende gegen die Wand. Die Attacken auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) werden immer härter, während die Kosten durch Lobbygeschenke an die Wirtschaft künstlich anwachsen. Aber damit nicht genug an klimaschädlichen Subventionen.

Gerade erst hat Schwarz-Gelb bei der Ökosteuer die Ausnahmen für die Industrie großzügig bis 2022 verlängert, ohne dass die Industrie dafür besondere Anstrengungen unternehmen muss. Dies passierte im Rahmen des Spitzenausgleichs und umfasst 2,3 Milliarden Euro. Anfang Dezember wurde vom Kabinett dann mit der Verabschiedung der Strompreiskompensationsrichtlinie der Industrie ein weiteres Geschenk in Höhe von 350 Millionen jährlich gemacht. Zudem profitieren energieintensive Unternehmen in Deutschland bereits schon jetzt von erheblichen Strompreisvergünstigungen und werden bei der Erneuerbare-Energien-Gesetz-Um-

lage und Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz-Umlage entlastet, müssen geringere Konzessionsabgaben und weniger Netzentgelte leisten.

Finanziert werden sollen die Strompreissubventionen aus dem Schattenhaushalt Energie- und Kli-

nichts Gutes zu erwarten. Weil der EKF als Sondervermögen konstruiert wird, können nur Programme in dem Umfang finanziert werden, wie es Einnahmen aus dem Emissionshandel gibt. Bei den Planungen ist Schwarz-Gelb von 10 Euro pro Zertifikat ausgegangen. Aktuell liegen die Preise aber unter 7 Euro, so dass es wahrscheinlich wieder zu Kürzungen im laufenden Jahr kommen wird. Dass das keine nachhaltige Förderpolitik ist, ist klar. Wir wollen das ändern und haben dafür unser Konzept vom grünen Klimaschutzhaushalt entwickelt. Damit werden die sinnvollen Programme - wie Energieberatung, Marktanreizprogramm für Erneuerbare Wärme oder die Mittel für den Internationalen Klimaschutz, langfristig und stabil finanziert. Dafür setzen wir nicht nur auf die Einnahmen aus dem Emissionshandel, sondern wollen zusätzlich noch Milliarden an ökologisch schädlichen Subventionen abbauen, wie z.B. das Dienstwagenprivileg oder Ausnahmen bei der Ökosteuer. Umweltschädliche Subventionen für die Großindustrie oder den Flugverkehr gehören abgeschafft. Mit den Milliarden an Einsparungen können wir solide und nachhaltig Energieeffizienz, Gebäudedämmung und internationalen Klimaschutz finanzieren und realisieren.



Sven-Christian Kindler und Landtagskandidat Thomas Lux vor Windkraftanlage zwischen Seelze und Barsinghausen. Foto © privat

mafonds (EKF). Dieser ist aber schon jetzt völlig überbucht und ein Flop: 2012 wurden fast die Hälfte der Mittel für Klimaschutzprogramme im EKF im laufenden Haushaltsjahr gestrichen. Das gefährdet auch konkret Arbeitsplätze in Hannover bei Unternehmen wie AS Solar oder Windwärts. Und auch für 2013 ist

SVEN CHRISTIAN KINDLER
sven-christian.kindler
@bundestag.de



GRÜNE machen Po

Katrin Göring-Eckardt und Stefan Wenzel

Wie spießig ist das Leben im eigenen Reihenhaushaus und können wir auch Politik machen für die Menschen am anderen Ende der Welt? Der Bogen des Gesprächs zwischen der grünen Spitzenkandidatin im Bund und ihrem männlichen Pendant im Land Niedersachsen war weit gespannt.

Das, worüber Katrin Göring-Eckardt und Stefan Wenzel unter sehr interessierter öffentlicher Beteiligung so kurz vor Weihnachten im Gartensaal des hannoverschen Rathauses ins Gespräch kamen, hatte ein bisschen was von „Hosenknopf und Universum“. Im positiven Sinne. Wer „global denken und lokal handeln“ will, kann gar nicht anders, als sich mit der ganzen Fülle der Aspekte von Chancen und Risiken des Lebens und der Politik in dieser einen Welt zu befassen. Bildungsreform, Chancengerechtigkeit, Kommunalfinancen, Langzeitarbeitslosigkeit, Föderalismus, Asse-Sanierung, Minijobs, kommunale Finanzen, Energiewende, Integration und Inklusion, Mo-

bilität, Korruption, Tierschutz, McAllister, Armutsbericht, Asse-Skandal, Lebensqualität, Wulff-Affäre, Bankenrettung, Transparenz und Minijobs sind vermutlich nicht mal ein Viertel der Stichwörter, die in der Diskussion eine Rolle spielten. Dabei fiel auf: Göring-Eckardt und Wenzel argumentieren nicht schwarz-weiß, sondern nehmen sich die Zeit, ausführlich zu antworten, ohne vom Kern der Fragen abzulenken. Einfache Antworten als Bindestrichaufzählungen, wie jetzt die Welt zu retten ist, gibt es von beiden nicht. Aber durchaus die Ermutigung, sich selbst politisch zu engagieren – einzeln oder mit anderen, in Initiativen oder in Parteien.



Das ZDF war auch dabei und filmte das Gespräch zwischen Wenzel

Vorzugsweise natürlich in der Grünen Partei! Gesellschaftliche Mehrheiten für Veränderungen müssen erstritten werden. Der Atomausstieg war kein Geschenk der Regierung Merkel, sondern das Ergebnis eines



Katrin Göring Eckardt (Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl) & Stefan Wenzel (Spitzenkandidat der Grünen zur Niedersächsischen Landtagswahl) bekommen einen Kalender von Enno Hagenah (Vorsitzender Regionsverband)

Foto: © privat

Politik für das Ganze

Enkel und Göring Eckardt im Gespräch über grüne Politik



Enkel und Göring Eckardt

Foto: © Hans-Jürgen Müller-Alex

jahrzehntelangen Kampfes; durchaus beschleunigt durch die Katastrophe in Fukushima – aber schon vorher gab es die Mehrheiten gegen die Fortsetzung des atomaren Abenteuers. Also: politisches Enga-

gemant lohnt sich. Und: gesellschaftliche Veränderung funktioniert nur, wenn es gelingt, dafür Mehrheiten in der Bevölkerung zu gewinnen. Beispiel: Energiewende – technisch ist sie längst machbar. Aber wie schaffen wir es, die Menschen davon zu überzeugen, dass sie selbst dafür einen Beitrag leisten? Und wie gewinnen wir dafür die politischen Mehrheiten in Parlamenten, wie schaffen wir die Regierungsbeteiligung? Grüne zielen nicht auf die Mitte, sondern wir machen Politik für die ganze Gesellschaft. Wenn die Leitplanken dafür aus Verantwortung, Toleranz und Solidarität bestehen, akzeptieren wir das gern auch als Definition einer neuen Bürgerlichkeit. Deutschlands

Spießer dagegen sitzen eher in den großen Parteien, insbesondere in der CDU. Wir, die wir früher als SpinnerInnen tituliert wurden, sind heute eindeutig die Innovativen – bei der Energie, in der Bildung, in der Migrationspolitik, in der Geschlechtergerechtigkeit und überhaupt. Damit sollten wir eine wirklich mit Freuden wählbare Alternative sein. Am 20. Januar in Niedersachsen und im Herbst nächsten Jahres bei der Bundestagswahl.

RUDI ZIMMECK
rudi.zimmeck@gltn.de



Gespräch über Grüne Politik unter sehr interessierter öffentlicher Beteiligung im Gartensaal

Foto: © Hans-Jürgen Müller-Alex

Frauen wählen den Wechsel

Keine Spur von Gleichstellung In Niedersachsen und im Bund

Die schwarz-gelben Regierungsjahre waren für Frauen verlorene Jahre, es gab keinen Fortschritt. Und es kam noch schlimmer: Viele Neuregelungen erschweren ihnen das Leben.



Wunsch



Wirklichkeit

Drei Jahre Arbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen, CDU

November 2012 – KEINE Gratulation von Brigitte Pothmer, MdB, Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag

Ursula von der Leyen hat keinen Blumenstrauß verdient, es reicht nur für eine Pusteblume.

Eine Frau als Regierungschefin bedeutet noch lange nicht, dass sich die Chancen für Frauen verbessern. Das hat Kanzlerin Merkel zur Genüge bewiesen. Und auch Ministerpräsident McAllister hat für Frauen nichts zu bieten. Egal ob bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bei den Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen oder bei gleicher Entlohnung für gleichwertige Arbeit: nichts hat sich bewegt.

Aktuell fehlen bundesweit 220.000 Kindergartenplätze davon allein 18.000 in Niedersachsen um den ab August 2013 geltenden Rechtsanspruch auf eine Kitabetreuung für Kinder ab einem Jahr zu gewährleisten. Bei den Betreuungsquoten von Kindern unter drei Jahren liegt Niedersachsen im Bundesländervergleich im unteren Viertel und bei den Betreuungszeiten hat Niedersachsen sogar die rote Later-

ne. Dies geht zu Lasten der Erwerbschancen von Frauen. Und mit dem Betreuungsgeld hat Schwarz-Gelb noch einen draufgesetzt, denn es hält Frauen vom Arbeitsmarkt und Kinder von der Kita fern.

Frauen sind am Arbeitsmarkt nach wie vor benachteiligt. Sie verdienen in Deutschland immer noch 22 Prozent weniger als Männer. Das ist CDU/CSU und FDP aber offensichtlich egal. Nicht einmal ein gesetzlicher Mindestlohn, von dem insbesondere Frauen profitieren würden, ist mit Schwarz-Gelb umsetzbar. Stattdessen wird die Verdienstgrenze für Minijobs ab Januar auf 450 Euro angehoben. Für Frauen ist das ein vergiftetes Geschenk, denn auf ihre Erwerbsbiografien wirken Minijobs desaströs.

Auch der berufliche Aufstieg von Frauen wird von Schwarz-Gelb

systematisch hintertrieben. Die Quoten-Gegnerinnen Merkel und Schröder verhindern die Einführung einer verbindlichen Frauenquote für Vorstände und Aufsichtsräte. Dabei sind alle freiwilligen Vereinbarungen mit der Wirtschaft gescheitert. Verbesserungen sind auch von der sogenannten „Flexi-Quote“ der sogenannten Frauenministerin Schröder nicht zu erwarten. Die „gläserne Decke“ bleibt so für Frauen bittere Realität.

Frauen sind die Verliererinnen schwarz-gelber Politik. Die Konsequenz aus dieser Bilanz kann nur lauten: Die Regierungen McAllister und Merkel müssen abgewählt werden. Denn nur so kann ein Politikwechsel für Frauen eingeleitet werden.

Wir Grüne treten an für einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde, für gute Arbeit und gerechte Löhne für Frauen. Wir wollen die Minijobs reformieren und die prekäre Beschäftigung zurückdrängen. Statt des Betreuungsgeldes wollen wir mehr Geld in gute und ausreichende Kita-Plätze investieren. Und mit uns gibt es eine verbindliche Quote für Vorstände und Aufsichtsräte, damit mehr Frauen an die Spitze kommen. Mit diesem Programm (nicht nur für Frauen) können wir uns sehen und wählen lassen!

BRIGITTE POTHMER

**brigitte.pothmer@
bundestag.de**



Verkehrspolitik neu denken

Für finanzpolitischen Realismus bei der Planung von Verkehrsinfrastruktur

Schwarz-Gelb setzt in der Verkehrspolitik auf Beton und teure, realitätsferne Großprojekte. Das ist nicht nur ökologisch unsinnig, sondern auch finanziell völlig unrealistisch.

Die Y-Trasse – vor Jahrzehnten geplant als Hochgeschwindigkeitsbahnstrecke von Bremen und Hamburg nach Hannover – steht als Paradebeispiel für eine Verkehrsinfrastrukturplanung aus dem vergangenen Jahrtausend. Ein unsinniges Großprojekt, das zu Recht den Protest von Bürgerinitiativen im Landkreis Rotenburg, im Heidekreis und auch in der Region Hannover hervorgerufen hat. Die Y-Trasse wäre nicht nur außerordentlich teuer, sie käme auch viel zu spät. Denn bis die Trasse für den Verkehr nutzbar wäre, würden noch mindestens 15 Jahre vergehen. Dennoch halten die schwarz-gelben Regierungen im Bund wie im Land an den Planungen für die Y-Trasse fest und ignorieren die auf dem Tisch liegenden Alternativen, mit denen die notwendigen Verbesserungen für den Seehafen-hinterlandverkehr schneller, kostengünstiger und umweltverträglicher realisiert werden könnten. In Sachen Straßenbau ergibt sich ein ähnliches Bild: Ob A 20 oder A 39 McAllister und Bode setzten auf neue Autobahnen aus lange überholten Planungen. Ökologisch nachhaltig oder verkehrspolitisch zeitgemäß ist das ganz und gar nicht, und finanzpolitisch sinnvoll auch nicht.

Die finanzpolitische Realität spricht eine deutliche Sprache. Der Bundesverkehrswegeplan listet alle Autobahnen, Bundesstraßen, Bundes-schienenwege und Bundeswasserstraßen auf, die in den kommenden Jahren geplant sind. Vergleicht man den Bundesverkehrswegeplan mit der mittelfristigen Finanzplanung für die Verkehrsinfrastruktur, zeigt sich ein eklatantes Missverhältnis von geplanten Projekten und

tatsächlichen finanziellen Mitteln. So ist im Zeitraum von 2012 bis 2015 nur für 19 Prozent der geplanten neuen Straßen und Schienen im vordringlichen Bedarf Geld da, aber über 80 Prozent dieser vordringlich geplanten neuen Straßen und Schienen sind gar nicht finanziert. Und selbst diese Rechnung geht nur für den sehr unwahrscheinlichen Fall auf, dass es keinerlei Kostensteige-

wegeplan ist nicht unterfinanziert, sondern hemmungslos überbucht.

Diese finanzpolitische Realität zeigt: In der Verkehrspolitik ist es höchste Zeit für den Reset-Button. Es muss endlich Schluss sein mit einer Fortführung von Planungen immer neuer milliardenschwerer Großprojekte wie Y-Trasse, A 39 oder A 20. Stattdessen müssen wir



Foto: Lizenz CC-BY_NC 2.0 via flickr.com, © epSos.de

Neue Autobahnen produzieren neue Blechlawinen.

rungen gegenüber der Ursprungsplanung gibt.

In Niedersachsen ist das Missverhältnis von Finanzbedarf und tatsächlich vorhandenen Mitteln noch krasser. Auf meine Berichtsbitte hin musste das Bundesverkehrsministerium einräumen, dass für den Zeitraum von 2012 bis 2015 einem Bedarf von 3,1 Milliarden Euro für Straßenbauprojekte im Finanzplan nur Gelder in Höhe von 250 Millionen Euro gegenüberstehen. Mit anderen Worten: Nur 8 Prozent der geplanten Straßenbauprojekte sind mit Geld hinterlegt. Das macht deutlich, dass ein Ruf nach mehr Geld am grundsätzlichen Problem nichts ändert. Der Bundesverkehrs-

die knappen Mittel sinnvoll in den Erhalt bestehender Infrastruktur und eine klimagerechte Mobilität investieren. Fangen wir damit an. Ab dem 20. Januar in Niedersachsen und ab dem Herbst 2013 auch im Bund.

Link: Papier „Für einen finanzpolitischen Realismus bei der Planung von Verkehrsinfrastruktur“:

<http://www.sven-kindler.de/2012/10/fuer-einen-finanzpolitischen-realismus-bei-der-planung-von-verkehrsinfrastruktur>

SVEN CHRISTIAN KINDLER
sven-christian.kindler
@bundestag.de



Hannover

BERICHT AUS DEM RATHAUS

Grüner Wechsel im Rathaus ab August 2013

Der Rat hat in seiner Sitzung am 15. November 2012 wegweisende Beschlüsse getroffen: Zum 01. August 2013 werden zwei Grüne Frauen wichtige Funktionen im Rathaus übernehmen: Sabine Tegtmeier-Dette tritt die Nachfolge von Hans Mönninghoff an und wird somit Erste Stadträtin sowie Wirtschafts- und Umweltdezernentin. Friederike Kämpfe tritt die Nachfolge von Dr. Brigitte Vollmer-Schubert an und wird Gleichstellungsbeauftragte sowie Leiterin des Referates für Frauen und Gleichstellung.

Gemäß dem Arbeitsprogramm von SPD und Grünen, das für die Ratsperiode 2011-2016 gemeinsam erarbeitet worden war, hatten die Grünen ein Vorschlagsrecht für

diese Besetzungen. Hans Mönninghoff, seit 1989 Umweltdezernent, seit 1997 zusätzlich Erster Stadtrat und seit 2005 Wirtschaftsdezernent, wird Ende Juli 2013 nach 24 Jahren als Grüner Dezernent in den Ruhestand gehen. Dr. Brigitte Vollmer-Schubert, seit 1998 Gleichstellungsbeauftragte und Leiterin des Referates für Frauen und Gleichstellung, wird Ende Juli 2013 nach 15 Jahren als Grüne in dieser Funktion in den Vorruhestand gehen. Die Verdienste von Hans und Brigitte für Grüne Politik über all die Jahre, werden zu gegebener Zeit noch zu würdigen sein.

Grüne Ratsfraktion auf facebook

Die Grüne Ratsfraktion hat seit Dezember 2012 eine Facebook-Seite: <http://gruenlink.de/eag>

Der Adventskalender 2012 war

Euch eventuell bereits aufgefallen. Weitere Aktionen werden folgen. Schaut doch mal rein.

Haushalt 2013

Der Verwaltungsentwurf für 2013 liegt vor. Nach den Grünen Beratungen in den Fach-AG's, der Fraktionsklausur am 20. + 21. Dezember 2012 und der Haushalts-MV am 08.01.2013 geht es in die Verhandlungen mit dem Koalitionspartner. Nach einer Einigung über gemeinsame Änderungsanträge, die in den Fachausschüssen im Januar und Februar beraten werden, wird über den Haushalt am 21. Februar 2013 abschließend entschieden.

EURE RATSFRAKTION



BERICHT AUS DER REGION

Der Haushalt 2013 steht

Wir investieren in unsere Gebäude: Mit einem Prozent des Haushaltsvolumens, das sind 14 Mio. Euro, werden wir die energetische Sanierung der Regionsgebäude voranbringen.

Wir sagen der Jugendarbeitslosigkeit den Kampf an: Bis zum Ende der Wahlperiode investieren wir 10 Millionen in die Förderung von Jugendlichen. Durch die Senkung der Regionumlage werden insbesondere steuerschwache Kommunen profitieren: Durch die Senkung und Spreizung der Umlage werden Städte und Gemeinden um ca. 40 Millionen Euro entlastet. Der Bereich Umwelt- und Naturschutz wird gestärkt: Die Mitarbeit im 'Bündnis Biologische Vielfalt in Kommunen', wird durch ein Fachprogramm Biodiversität ergänzt. Die rechtlich

notwendige Überarbeitung der Landschafts- und Naturschutzgebiete - sie machen knapp 50 Prozent des Regionsgebietes aus - wird beschleunigt. Der Bereich Gleichstellung und Integration ist ein besonderes Anliegen von uns: Die Grundsätze von Gender Mainstreaming und Diversity Management werden künftig stärker in den Leitbildern der Beteiligungsunternehmen verankert. Die Zuwendungen für Frauenberatungsstellen werden deutlich erhöht und um Mittel für die Ausweitung der Gewaltberatung auf männliche Opfer sowie Täter ergänzt. Die Arbeit der Integrationslotsinnen und -lotsen wird künftig durch ein Vernetzungsangebot der Region gestärkt.

Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit

Das Programm gegen Jugendar-

beitslosigkeit nimmt Gestalt an. Inzwischen liegen Eckpunkte vor, die die Handlungsfelder zeigen. Erste Maßnahmen sind auf dem Weg. Das Programm soll die Möglichkeiten von Jugendberufshilfe, Berufsschulen und Beschäftigungsförderung bündeln, um mehr Jugendliche aus den Übergangssystemen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die politische Steuerung erfolgt künftig in einem eigens eingerichteten Ausschuss der Regionsversammlung.

Dirk wechselt

Nach fast vier Jahren bei der Fraktion wechselt Geschäftsführer Dirk Musfeldt zum Jahreswechsel in die Regionsverwaltung und wird Referent von Andrea Fischer, der Dezernentin für Finanzen und Gebäude.

EURE REGIONSFRAKTION



BERICHT AUS DEM LANDTAG von Enno Hagenah

Das letzte Plenum vor der Wahl ist vorbei. Aber im Landtag laufen weiterhin neue Aktenberge aus den Ministerien ein, die sich entweder auf die schon vor Monaten von der Opposition festgestellten Ungereimtheiten in der Wulff Affäre oder auf die Schludrigkeiten und Schäden am Jade-Weser-Port beziehen. Meterweise Akten füllen zwei große Räume, aber durch den Vorwahlkampf fehlt die Zeit in der nötigen Tiefe nachzuforschen. CDU und FDP haben mit ihrer Verzögerungstaktik bei der Freigabe der Akten größere und kleinere Skandale erfolgreich verschleiern können. Erst nach der Wahl - mit einer rot-grünen Regierung - haben wir die Möglichkeit alle Unterlagen zu untersuchen. Dann wird das ganze Ausmaß der Fehlleistungen auf den Tisch kommen.

Angeichts der aktuellen negativen Wahlumfragen (FDP 3 %, CDU 40 %) und einer klaren Rot/Grünen Mehrheit (SPD 33 %, Grüne 15 %) liegen bei CDU und FDP die Nerven blank. Für die CDU gibt es nur eine Frage: Wer wird am Ende stärkste Fraktion im Landtag, um bei der kleinen Chance auf eine große Koalition den Ministerpräsidenten zu stellen. Mc Allister greift schon zu Maßnahmen von Drückerkolonnen unseriöser Finanzdienstleister. In persönlichen Anschreiben an ausgewählte Nicht-CDU Mitglieder fordert er die Adressaten auf: „Überzeugen Sie jeden Tag mindestens fünf Freunde und Bekannte, für die CDU zu stimmen – und ihrerseits weitere fünf Freunde um ihre Entscheidung für die CDU zu bitten.“ Das Schreiben endet mit einer klaren Abgrenzung zur FDP: „...beide Stimmen für die CDU“. Mit Leihstimmen kann die FDP nicht rechnen.

Damit der Umfragetrend für Rot/Grün bis zur Wahl nicht nur hält, sondern sich noch verstärkt, sind wir alle gefordert leidenschaftlich, um jede Stimme für Grün zu werben. Den Landesvorsitzenden Jan Haude hat es aus den Besprechungen und Wahlkampfterminen schon längst auf die Straße getrieben. Eigenhändig durchbrach er in Hannovers Innenstadt die für die Regierung nützliche Plakatierungs-Abstinenz und stellte die ersten 60 grünen Plakatstände mit Hinweisen auf unsere laufenden Großveranstaltungen auf.

Abschließend möchte ich mich nach fast 15 Jahren im Landtag für Euer Interesse und die vielen gemeinsam erkämpften Erfolge bedanken. Nach der Wahl ist der Regionsverband, wenn sich die Umfragen am Wahltag bestätigen, mit vier Abgeordneten im Landtag.



BERICHT AUS DEM BUNDESTAG von Brigitte Pothmer

Ursula von der Leyen – Eine Bilanz

Drei Jahre ist Ursula von der Leyen als Arbeits- und Sozialministerin im Amt. In dieser Zeit entspannte sich zwar der Arbeitsmarkt, aber die persönliche Bilanz der Ministerin ist trotzdem miserabel. Die soziale Spaltung in Deutschland ist vorangeschritten. Die Reichen sind reicher und die Armen ärmer geworden.

Gute Arbeit? Fehlanzeige!: Der Niedriglohnsektor ist inzwischen auf 7,9 Millionen Beschäftigte angewachsen. Doch ein gesetzlicher Mindestlohn ist genauso wenig in Sicht wie Equal Pay für die Leiharbeit.

Keine Frauen-Power: Als Ex-Frauenministerin nutzt von der Leyen jede Gelegenheit, um ihre Amtsnachfolgerin zu belehren. Im eigenen Ressort aber hat sie für die

Ausweitung der Minijobs gesorgt, die viele Frauen in die berufliche Sackgasse und in Altersarmut führt. Auch die Schlecker-Frauen hat sie im Stich gelassen.

Arbeitslosenstatistik geschönt: Die Arbeitslosigkeit Älterer und die Langzeitarbeitslosigkeit werden verharmlost. Rechnet man offizielle und versteckte Langzeitarbeitslose zusammen, dann hat es in diesem Bereich von 2009 bis 2011 nur einen Rückgang um ein Prozent gegeben.

Sozialetat geschröpft: Kein Etat wurde in der schwarz-gelben Regierungszeit so geschröpft wie der Ursula von der Leyens. Der Topf für die Förderung und Qualifizierung Arbeitsuchender wurde seit 2009 um 40 Prozent gekürzt.

Bürokratie blockiert Bildung für Kinder: Das Bildungs- und Teilhabe-

paket ist die bürokratischste Sozialleistung aller Zeiten. Das Paket ist ineffizient und unzureichend, denn Teilhabe und Bildung erschöpfen sich nicht im warmen Mittagessen.

Nur 15 Euro mehr bei Altersarmut: Das Thema Altersarmut hat die Ministerin genutzt, um sich als „gute Fee der armen Alten“ zu präsentieren. Mit ihrer Zuschussrente wollte sie - O-Ton von der Leyen - „Fleißige“ belohnen. Herausgekommen ist die sogenannte Lebensleistungsrente, die nur zwei Prozent der Geringverdiener erreichen und nur 10-15 Euro über der Grundsicherung im Alter liegen wird.

Fazit: Mit Schwarz-Gelb und Ursula von der Leyen ist Gerechtigkeit nicht zu machen. Es ist Zeit für die soziale Wende. Dafür treten wir Grüne in Niedersachsen und im Bund an!

Geplanter Hähnchenmaststall in Otze

Artgerechte Haltung statt Massentierquälerei und Antibiotikaeinsatz

Nun also auch in Burgdorf: Anfang November wurde öffentlich, dass ein Bauer im schönen Dorf Otze einen Hähnchenmaststall für fast 40.000 Tiere plant. Diese sollen dann möglichst schnell und unter den bekannten brutalen und gesundheitsschädlichen Umständen für Umwelt, Tiere und Menschen von der Hühnermafia geschlachtet und in die Supermärkte und bis in die sogenannte Dritte Welt transportiert werden.

Als die Bauvoranfrage hierzu im Bauausschuss der Stadt diskutiert wurde, reagierte die Grüne Ratsfraktion sofort. „Unser Ziel ist es, die geplante Hähnchenmastanlage mit allen Mitteln zu verhindern“, kündigte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Detlef Knauer an. Die Verwaltung wurde aufgefordert, neben den baurechtlichen Aspekten auch zu prüfen, inwieweit die geplante Massentierhaltung umweltverträglich ist.

Ein erfolgversprechender Hebel könnten die Brandschutzbestimmungen sein, sagt der frisch gekürte Direktkandidat für die nächste Bundestagswahl und engagierte Tiereschützer Wolf von Nordheim.

Bereits im September hatten die Burgdorfer Grünen eine hochkarätige Expertenrunde zum Thema: Antibiotikaeinsatz in der Nutztierhaltung – notwendiges Übel oder überflüssig und gefährlich? eingeladen. Die zusammen mit der AG Land und Tier des Regionsverbandes veranstaltete Podiumsdiskussion stieß bei den rund 60 Zuhörerinnen und Zuhörern auf großes Interesse. Unter der Moderation des Grünen Ortsvorsitzenden und Direktkandidaten für die Landtagswahl 2013 Detlef Knauer, diskutierten: Christian Meyer, MdL Bündnis 90/Die Grünen Dr. med. Stefan Ziesing, Mikrobiologe an der MHH Dr. Holger Hennies, Landvolkkreisverband Hannover e.

V., Dr. med. vet. Thomas Heilkenbrinker, Niedersächsische Landwirtschaftskammer und Hendrik Stolze, Biolandwirt aus Uetze. In ihrer Begrüßungsrede wies die Grüne Ratsfrau Simone Heller auf die gerade vorgelegten Zahlen von 1734 Tonnen verabreichtem Antibiotika für das Jahr 2011 hin und darauf, dass jährlich bis zu 30.000 Menschen an

der Handel. Der Mikrobiologe von der MHH Dr. Stefan Ziesing warnte schließlich generell vor der ungezügelten Einnahme von Antibiotika bei Mensch und Tier, da sonst zukünftig bakterielle Infektionen wegen der resistenten Keime nur noch sehr schwer in den Griff zu bekämpfen seien.



Bauer Stolze

Gesundes kaufen • Besonderes genießen

- Familie Stolze
- Tierhaltung
- Landwirtschaft
- Fleisch & Wurst
- Sortiment
- Hofladen
- Unser Stand auf Wochenmärkten



Bauer Stolze
An der Kapelle 5
31311 Schwüblingsen (Uetze)
Fon 05175 - 21 40
Fax 05175 - 31 27 8



Unser Vieh – tierisch gut drauf

Morgens, wenn die Stalltüren geöffnet werden, heißt es „Kopf einziehen“: Ungeduldig kommen die Enten entgegengeflogen, denn sie können es kaum erwarten, endlich auf die Weide zu gelangen. Begleitet werden sie von Puten und Gänsen, die laut schnatternd hinterherlaufen. Alle zusammen genießen das große Freigelände und den Teich.

Die artgerechte Haltung unserer Tiere liegt uns besonders am Herzen:





Es geht auch anders: Bio-Bauer Stolze hält seine Tiere artgerecht. Mehr Information unter www.bauerstolze.de

den Folgen multiresistenter Keime sterben. Christian Meyer, Landwirtschaftsexperte der Grünen im Landtag, sprach sich für eine Änderung der Haltungsbedingungen in der Massentierhaltung aus und forderte eine lückenlose Überwachung des Antibiotikaeinsatzes in der Tiermast. Biobauer Hendrik Stolze aus Schwüblingsen erläuterte, wie er es durch einfache Hygienemaßnahmen und eine artgerechte Haltung schafft, auch ohne Antibiotika auszukommen. Er könne sehr gut vom Verkauf seiner Hühner, Enten, Rinder und Schweine leben. Seine Erkenntnis lautet: Nicht der Verbraucher verlangt nach billigem Fleisch, sondern

DETLEV KNAUER
Landtagskandidat
det_knauer@web.de



Bewusster Essen

Gesund und regional statt billig und global

Das Agrarland Niedersachsen ist auf dem falschen Weg der Massenproduktion. Grüne Politik verbessert die Lage für Landwirte, Verbraucher, Nutztiere und die Umwelt.



Renate Kühnast zu Gast in Laatzen.

In Laatzen diskutierten Renate Kühnast und Regina Asendorf, Direktkandidatin für den Wahlkreis Laatzen unter der Moderation von Hannelore Plaumann, BUND Hannover darüber, dass sich die Zukunft der Landwirtschaft in den Städten entscheidet. Denn die Produktion hängt unmittelbar von der Nachfrage ab. Romantische Vorstellungen von Konsumenten und die Wirklichkeit in landwirtschaftlichen Betrieben driften immer weiter auseinander. Der Vertrauensverlust lässt sich nur durch mehr Transparenz verhindern, beispielsweise durch die Kennzeichnung von Lebensmitteln. Das hat Erfolg: Hühnereier aus Käfighaltung sind in den Regalen nicht mehr zu finden.

Bei einem Podiumsgespräch in der Südstadt, moderiert von Maaret Westphely, Direktkandidatin in Hannover-Mitte kamen sehr verschiedene Aspekte der Themen Er-

nährung und Landwirtschaft durch ein breit aufgestelltes Podium zur Sprache. Der Landwirtschaftspolitik kommt vor allem deshalb eine große Rolle zu, da Niedersachsen das bedeutendste Agrarindustrieland in Deutschland ist. Beim Ökolandbau ist Niedersachsen hingegen Schlusslicht.

Der Grüne Abgeordnete für Landwirtschaft, Christian Meyer berichtete, dass derzeit vor allem große Agrarbetriebe subventioniert werden. Die Marktführer Rothkötter und Wiesenhof haben seit 2007 mehr als zehn Millionen Euro bekommen. Etwa sieben Millionen sind nach Wietze geflossen. Durch die Privilegierung von Stallbauten ist es auf regionaler Ebene nur sehr schwer möglich, den Neubau von Massentierställen zu verhindern. Der Grüne Regionsabgeordnete Ulrich Schmiersow setzt vor allem darauf, über Brandschutz-Leitlinien und sehr strenge Vorgaben zum Immissionsschutz Genehmigungen zu erschweren.



So ist es ideal: Hühner in Bio-Haltung

© BLE, Bonn/Foto: Dominic Menzler

Im Megaschlachthof Wietze können 432 000 Hühner am Tag geschlachtet werden. In der Folge siedeln sich immer mehr Zulieferer am sogenannten Hähnchen-Highway entlang der A7 an. Michael Hettwer ist Vorsitzender der Bürgerinitiative Munzel gegen eine der geplanten Hähnchen-Mastanlagen. Die Demo unter dem Motto „Wir haben es

satt“ zwei Tage nach der Veranstaltung war ein guter Anfang für die Mobilisierung für eine vielfältige und artgerechte Landwirtschaft.

Die Überproduktion von Fleisch oder Milch in Niedersachsen wirkt auch global in fataler Weise. Uwe Becker von „Brot für die Welt“ machte das am Beispiel Paraguay deutlich: Dort wird Soja angebaut, das in Europa verfüttert wird. Die Butter findet sich wieder in Lebensmittelläden in Paraguay – kein guter Beitrag zur Bekämpfung des weltweiten Hungers.

Eine der Alternativen ist die „Solidarische Landwirtschaft“, die Frank Buchholz von Slowfood Hannover vorstellte. Mit dem Modell „Koproduzent“ wird deutlich, dass auch VerbraucherInnen mehr Verantwortung übernehmen können für das, was sie essen und wie produziert wird: Sie sichern den Betrieb eines Hofes für ein Jahr und erhalten dafür Obst und Gemüse.

REGINA ASENDORF

Landtagskandidatin
asendorf@t-online.de



MAARET WESTPHELY

Landtagskandidatin
maaret.westphely@gmx.de



STEFAN KÖRNER

Sprecher SG Südstadt Bult
stkoerner@gmail.com



IMPRESSUM

Grüne Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbands Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Enno Hagenah, Doris Klawunde, Carolin Jaekel, Sven-Christian Kindler, Brigitte Pothmer, Thorsten Fiebig, Dirk Musfeld, Norman Seibert, Michéle Kahl, Brigitte Nieße, Jan Philipp Albrecht, Pia Kohorst, Jan Haude, Maaret Westphely, Regina Asendorf, Stefan Körner, Detlef Knauer, Günther Wulfert, Eva Vojinovic, Freya Markowis, Rahel Missal, Tobias Leverenz, Rudi Zimneck.

Redaktionsteam: Julian Bühler, Janine Drolinvaux, Urs Mansmann, Norman Seibert, Elke Wohlfarth (V.i.S.d.P.).

Druck: Forum Druck, Striehlstr. 11, 30159 Hannover, Tel. 0511-1316224.



Bündnis 90/Die Grünen

Senior-Blumenberg-Gang 1

30159 Hannover

Tel. 0511/300 88 66,

Fax 0511/300 89 66

region@gruene-hannover.de



**DIE GRÜNE JUGEND TRIFFT SICH
JEDEN MITTWOCH UM 18.00 UHR
IM GRÜNEN ZENTRUM.**

**INTERESSENTINNEN SIND
HERZLICH WILLKOMMEN!**

TERMINE

05.01. 19:00-21:00
Solidarisch aus der Eurokrise. Diskussionsabend mit der Grünen Landtagskandidatin Mona Achterberg und Sven-Christian Kindler (MdB) in der Wedemark

08.01. 18:00-21:00
Mitgliederversammlung des Stadtverbands Hannover im Grünen Zentrum (UG), Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover

08.01. 18:30-20:30
AG Land und Tier, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover, EG

09.01. 19:00-21:00
Landwirtschaft neu denken. Diskussionsabend mit Friedrich Ostendorf, agrarpolitischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion, der Landtagskandidatin Regina Asendorf und Sven-Christian Kindler, MdB. Pattenzen, Calenberger Hof

13.01. 11:00-13:00
OV Langenhagen: Neujahrsempfang im Daunstär, 30853 Langenhagen, Konrad-Adenauer-Str. 15. Sektempfang mit Anja Piel und Michael Stobbe

13.01. 11:00-13:30
ENTELKÖY EFEKÖY'e KARSİ. Film-matinee mit Claudia Roth, dem Landtagskandidaten Belit Onay und Sven-Christian Kindler (MdB) im Apollo-Kino Hannover

15.01. 18:15-20:15
Sport AG, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG

17.01. 19:00-21:00
Wahlkampfhöhepunkt mit Winfried Kretschmann, Gartensaal im Neuen Rathaus Hannover

19.01. 11:00-16:00
Wir haben Agrarindustrie satt! Gutes Essen und gute Landwirtschaft jetzt! Bus aus Springe bietet Mitfahrt zur DEMO in Berlin: Breites Bündnis aus Verbrauchern, Landwirten, Naturschützern, Tierfreunden, Kirchen machen weiter Druck.

20.01. 08:00-18:00
Mach's möglich! Niedersächsische Landtagswahl in Ihrem Wahllokal

20.01. 18:00
Grüne Wahlparty im Besitos, Goseriede 4, 30159 Hannover

21.01. 18:00-20:00
Kultur AG, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG

24.01. 19:00-21:00
Parteirat Senior-Blumenberg-Gang 1, UG

11.02. 18:00-20:00
Kultur AG, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG

12.02. 18:15-20:15
Sport AG, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG

28.02. wird noch bekannt gegeben
Mitgliederversammlung Regionsverband. Haushaltsplan 2013 des Regionsverbandes, Bundestagswahlprogramm (Änderungsanträge) und Wahl von BDK Jahresdelegierten

MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig. Der Mitgliedsbeitrag beträgt ein Prozent des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht! Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail. Auch Einzugsermächtigungen könnt ihr uns ganz einfach telefonisch oder per Mail erteilen!

Bei Fragen meldet euch in der Geschäftsstelle.